

# Minister sprechen von Abbau „um gewisse Teile“

Landesregierung beharrt weiter auf Verkauf von Karlsruher Handschriften/ Deutsche Katholiken protestieren

Die Landesregierung lehnt es ab, die wertvollen Handschriften der Badischen Landesbibliothek selbst zu erwerben. Sie werde allenfalls Sponsorengelder aufstocken, hat Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) gestern in Stuttgart erklärt.

Der wachsende Protest treibt die Regierung zur Eile. Schon im Laufe des Oktobers will das Landeskabinett die Vereinbarung mit dem Markgrafen von Baden absegnen, kündigte Stratthaus (CDU) an. Der Finanzminister fürchtet, er könnte sonst noch in Zugzwang geraten. „Wir haben keine 70 Millionen im Landeshaushalt“, spielte er gestern auf den angestrebten Verkaufserlös an. Sollte er sich durch die Öffentlichkeit weicklopfen lassen, dann würden seiner Ansicht nach „ganz andere Fronten aufgemacht“. Das heißt: Seine Kabinettskollegen könnten versucht sein, den enger geschnallten Gürtel wieder zu lockern.

Stratthaus und Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) bekräftigten, dass es bei dem umstrittenen Vergleich aber nicht nur um Geld geht. Vielmehr werde der Rechtsstreit um die Eigentumsverhältnisse endgültig beigelegt und das Kloster Salem dauerhaft gesichert. Die Schulden des Hauses Baden aus Renovierung und Unterhaltung der Gebäude bezifferte der Finanzminister auf 30 Millionen Euro.

Dass die Regierenden mit dem Geschäft in der Öffentlichkeit Empörung auslösen würden, war ihnen angeblich klar. „Es wäre sogar eine Schande, wenn das nicht passiert wäre“, hob der Finanzminister hervor. Die Gemüter sollen durch mehrere Zusagen beruhigt werden. Die Minister versicherten, dass die Bestände der Landesbibliothek nur „um gewisse Teile“ abgebaut werden sollen. Die Sammlung umfasst 3 600 Handschriften, 2000 Musikhandschriften und 1 300 frühe Drucke.

Die Liste der zum Verkauf anstehenden Objekte soll dem Vernehmen nach weniger als 100 Titel umfassen. Frankenberg wollte diese Zahl gestern nicht bestätigen. Dass keine Stücke abgegeben werden, die für die badische Geschichte von hoher Bedeutung sind, und die Substanz der Landesbibliothek nicht gefährdet wird, das will das für Wissenschaft, Forschung und Kunst zuständige Kabinettsmitglied garantieren.

Auf einen Rechtsstreit mit dem Haus Baden will sich die Regierung nicht einlassen. „Den würde niemand durchstehen“, betonte Frankenberg. Das von dem Freiburger Rechtsprofessor Thomas Württemberger erstellte Gutachten weise auf einen ungewissen Ausgang hin. Gänzlich anderer Auffassung ist der Heidelberger Professor für Verfassungsgeschichte, Reinhard Mußnug. Er rät dem Land zu prozessieren, denn: „Nach meiner Überzeugung

sind die Gegenstände, um die es jetzt geht, ohnehin Eigentum des Landes Baden-Württemberg,“ erklärte der Wissenschaftler, der als bedeutender Verfassungsrechtler gilt.

„Die Versteigerung der Karlsruher Handschriften wird weltweit als deutliches Signal registriert werden, dass in Deutschland die Vergangenheit zum Verkauf steht – und das zu Schleuderpreisen,“ haben gestern Wissenschaftler bedeutender Universitäten wie Cambridge, Harvard, Oxford oder Yale erklärt. Mit scharfen Worten hat sich gestern auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gegen den „Ausverkauf des kulturellen Gedächtnisses“ gewandt. Sorge auch in Pforzheim: Dort fürchtet man den Verlust der so genannten Reuchlin-Handschriften. Der Deutsche Kulturrat fordert inzwischen, die Angelegenheit Kulturstaatsminister Bernd zu übergeben.

Andreas Schanz/ Michael Hübl